

## **Globales Handeln für die Zukunft einer ganzen Generation**

---

Vor gut einem Jahr hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Covid-19 zur globalen Pandemie erklärt. Was folgte ist die schlimmste gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Krise der letzten 100 Jahre. Längst ist klar: Ihre Folgen und deren Bewältigung werden die internationale Gemeinschaft noch lange beschäftigen. Bereits jetzt ist abzusehen, dass besonders Kinder und Jugendliche im globalen Süden, allen voran Mädchen, und besonders schutzbedürftige Kinder in Kriegs- und Konfliktregionen und auf der Flucht, einen hohen Preis zahlen werden. Kinderhilfswerke schlagen längst Alarm, warnen gar vor einer „verlorenen Generation“. Für viele Kinder sind die Gesundheitsversorgung und ihr Zugang zu Bildung unterbrochen. Wichtige Fortschritte im Kampf gegen Armut, Hunger und Ungleichheit drohen verloren zu gehen.

In der deutschen Berichterstattung sind häufig die Auswirkungen der Corona-Pandemie hierzulande im Fokus. Wir wollen den Blick über die deutschen Grenzen hinaus lenken, den die Bundesregierung aus unserer Sicht bisweilen vernachlässigt. Deutschland muss im Rahmen seiner humanitären Hilfe und internationalen Zusammenarbeit einen größeren Beitrag leisten, um die Auswirkungen der Pandemie zu bekämpfen und Kinder und Jugendliche bei ihrer Bewältigung zu unterstützen. Es muss jetzt global gehandelt werden – die Zukunft einer ganzen Generation steht auf dem Spiel.

### **Deutschland kommt seiner globalen Verantwortung noch unzureichend nach**

Die Bundesregierung misst der eigenen globalen Verantwortung für die Umsetzung von Menschen- und Kinderrechten zumindest rhetorisch eine große Bedeutung bei - und sieht sich selbst gar in einer Vorreiterrolle. Öffentliche Bekenntnisse zur UN-Kinderrechtskonvention, internationalen Menschenrechtsnormen, sowie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sind zwar wichtig, aber müssen sich auch im politischen Handeln widerspiegeln. In ihrer Präambel erkennt die Agenda 2030 junge Menschen als zentrale Akteur\*innen für den politischen und gesellschaftlichen Wandel und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele an.

Für eine vorausschauende und effektive kollektive Antwort auf globale Krisen wie COVID-19 und langfristige Herausforderungen wie die Klimakrise braucht es eine Stärkung der globalen Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland politisch die Initiative ergreift und sich dafür einsetzt, Kinderrechte weltweit beim Wiederaufbau in den Fokus zu rücken.

### **Die globale Bildungskrise weitet sich aus**

Die Organisation Save the Children spricht von dem größten Bildungsnotstand unserer Zeit. Durch die Pandemie haben sich Bildungschancen nicht nur weltweit verringert, sondern deren ungleiche Verteilung auch noch verstärkt. Für mehr als 168 Millionen Kinder weltweit sind seit fast einem Jahr die Schulen vollständig oder teilweise geschlossen. Distanzunterricht über Radio, Fernsehen und Internet, wie er etwa in Subsahara-Afrika und Lateinamerika stattfindet, erreicht nur ein Bruchteil der

Schulkinder und ist zudem qualitativ unzureichend. Angebote der frühkindlichen Bildung sind für viele Kinder gar komplett ausgefallen, da in diesem Bereich keine Form des Fernlernens möglich ist.

Für viele Kinder und deren Familien werden diese Schulschließungen lebenslange Konsequenzen haben. Armut und deren negative Folgen verfestigen sich auch für die nachfolgenden Generationen. Darüber hinaus sind Schulschließungen nicht nur im Hinblick auf die Bildungssituation dramatisch: Schulen sind Orte der Stabilität, der Sicherheit und des Schutzes. Ohne diesen schützenden Raum steigen potentielle Gefährdungen, beispielsweise durch familiäre oder sexualisierte Gewalt.

Auch nach der Pandemie werden laut Schätzungen der Vereinten Nationen 24 Millionen Kinder nicht zur Schule zurückkehren. Viele von ihnen sehen sich gezwungen zu arbeiten, um finanzielle Ausfälle in der Familie durch Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Verlust der Arbeit eines Elternteils zu kompensieren. Laut Weltbank könnte die Bildungsarmut in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen von 53 Prozent auf 63 Prozent steigen. Insgesamt beziffert die Weltbank das durch Verlust an Lernfähigkeit entgangene zukünftige Einkommen dieser Generation mit 10 Billionen US-Dollar. Die gleiche Generation wird den Großteil der durch die Pandemiebekämpfung aufgenommenen Schuldenlast tragen müssen. Die UNESCO warnt, dass insbesondere für Länder mit niedrigem Einkommen die Finanzierungslücke im Bildungsbereich weiter wächst. Es wird befürchtet, dass internationale Finanzhilfen im Bildungsbereich sinken werden, gleichzeitig werden diese Länder ihre Bildungsausgaben angesichts einer wahrscheinlichen Rezession nicht aus eigener Kraft in dem erforderlichen Maß erhöhen können. Daher ist die Zusammenarbeit mit internationalen Gebern notwendig.

### **Die Krise trifft Mädchen besonders hart**

Geschlechtergerechtigkeit ist Voraussetzung für eine gerechte, nachhaltige Entwicklung. Die strukturellen Ursachen wie der Mangel an Rechten und Selbstbestimmung, unzureichender Zugang zu Bildung, Ressourcen und Macht, sowie fehlende politische Partizipation verhindern geschlechtergerechte Gesellschaften. Weltweit wurden in den letzten Jahrzehnten im Bereich der Rechte von Mädchen beeindruckende Fortschritte erzielt. Vor allem in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist die Gefahr, dass die Pandemie diese Fortschritte nun ausbremsen oder gar umkehren könnte besonders akut. Für viele Mädchen in Ländern des globalen Südens bedeutet der Schulbesuch mehr als Zugang zu Bildung: Schulen bieten ihnen die Möglichkeit sich impfen zu lassen und sich über wichtige Themen wie Geburtenkontrolle, Einwilligung und Selbstbehauptung zu informieren. Es kann sogar eine Gelegenheit sein, Eltern über die Schattenseiten der Kinderheirat aufzuklären.

Insbesondere Mädchen sind gefährdet, nie wieder in die Schule zurückzukehren. Durch Krisen steigen die Wahrscheinlichkeit der Frühverheiratung und früher Schwangerschaften für Mädchen, sie sind darüber hinaus häufiger von Gewalt betroffen. Als Ebola 2014 westafrikanische Schulen zur Schließung zwang, waren es vor allem Mädchen, die die Schule abbrechen mussten und nie wieder dorthin zurückkehrten. Laut UNICEF könnte sich nun Ähnliches in globalem Ausmaß abspielen. Prognosen deuten darauf hin, dass in den nächsten zehn Jahren 13 Millionen zusätzliche Kinderehen geschlossen werden könnten. Auch die erfolgreiche Bekämpfung von Genitalverstümmelungen wird in der Pandemie erschwert. Es kommt auf die nächsten Monate an: Ergreift die internationale Gemeinschaft die richtigen Maßnahmen, haben Milliarden von Mädchen eine bessere Chance, ihr Potenzial zu entfalten. Passiert das nicht, wird die Pandemie auch langfristig folgenschwere Folgen für Mädchenrechte weltweit haben.

### **Verheerende gesundheitliche und psychosoziale Folgen für Kinder**

Bis Ende dieses Jahres werden voraussichtlich zusätzlich 140 Millionen Kinder in Haushalten unterhalb der Armutsgrenze leben. Schulschließungen haben direkte Auswirkungen auf die Ernährung von Millionen Kindern, die auf die nun wegfallenden Schulspeisungen angewiesen sind. Weil es schwieriger wird, Kinder und Frauen mit Ernährungshilfen und entsprechenden Beratungsprogrammen zu erreichen, verschlechtert sich die Ernährungssituation weiter. Die Zahl der unter- oder mangelernährten Kinder nahm seit Beginn der Pandemie, vor allem in Subsahara Afrika und in Südasien, um 14 Prozent zu.

Die Verfügbarkeit von Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich ist wegen der Pandemie vielerorts eingeschränkt oder zusammengebrochen. Das hat unmanfredige Folgen für Prävention, Diagnostik und Behandlung eigentlich vermeidbarer Krankheiten. So mussten in 26 Ländern Impfkampagnen gegen Masern gestoppt werden. Schulschließungen und ausgefallene Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit haben außerdem verheerende Folgen die für mentale Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern: Für viele Kinder fällt ein wichtiger Ort der sozialen Interaktion mit Gleichaltrigen weg. Kinderschutzprogramme haben es schwer, Kinder in fragilen Haushalten zu erreichen. All das hat schwerwiegende Auswirkungen für die mentale Gesundheit von Kindern, die Gefahren durch Misshandlung, Gewalt und Ausbeutung verschärfen sich durch die Pandemie.

Die durch die Pandemie vermehrten traumatischen Erfahrungen von Kindern wie Hunger, Existenzängste, sexuelle Übergriffe und Angst können langfristige Folgen haben. Zum einen wird der gesellschaftliche Zusammenhalt beeinträchtigt, wenn kollektives und individuelles Leid nicht aufgearbeitet und geheilt wird. Dadurch sinkt nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Innovationskraft eines Landes, sondern es steigert auch das Risiko eines erneuten Ausbruchs von Gewalt. Menschen mit Traumata sind weniger belastbar, anfälliger für physische Erkrankungen und können sich schlechter konzentrieren. Zum anderen können Traumata über Generationen hinweg weitergegeben werden, insbesondere wenn die Eltern keine vertrauensvolle Beziehung zu ihren Kindern und dem jeweiligen Partner bzw. Partnerin aufbauen können.

### **Die Auswirkungen für Kinder in Konflikt- und Fluchtkontexten**

Die Pandemie hat die Verwundbarkeit von geflüchteten und migrierten Kindern in Konfliktregionen verstärkt. Grenzschießungen, zunehmender Rassismus und Ausgrenzung haben dazu geführt, dass Geflüchtete und Asylsuchende der Zugang zu sozialer Absicherung weiter erschwert wurde. Durch Kampfhandlungen und Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung ist es immer schwieriger für Hilfsorganisationen, die am stärksten gefährdeten Kinder und Familien mit lebensrettender humanitärer Hilfe zu erreichen.

Es besteht die Gefahr, dass seit Jahren wütende Kriege angesichts der Pandemie zu vergessenen Krisen werden. So ist die Situation der Kinder in Syrien 10 Jahre nach Ausbruch des Bürgerkrieges schlimmer als je zuvor: Mehr als 6 Millionen Kinder sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Zahl der Hilfsbedürftigen insgesamt ist im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent gestiegen. Im Jemen sind laut Schätzungen heute allein 2,3 Millionen Kinder unter fünf Jahren von akuter Mangelernährung bedroht. Fast alle Kinder im Jemen, mehr als 12 Millionen Mädchen und Jungen insgesamt, benötigen humanitäre Hilfe. Mindestens zwei Millionen Kinder im Jemen gingen schon vor Beginn der Pandemie nicht zur Schule – wegen der Pandemie wurde der Unterricht von 5,8 Millionen weiteren Kindern unterbrochen.

Daneben schränkt die Pandemie die ohnehin wenig vorhandene psychosoziale Betreuung von traumatisierten Kindern erheblich ein.

## Wege aus der Krise

Trotz des kräftezehrenden vergangenen Jahres darf die Hoffnung auf vielversprechende Veränderungen nicht verloren gehen. Wir konnten beobachten, wie unter den schwierigsten Umständen auf der ganzen Welt kreative Lösungen gefunden wurden, um Kindern Unterricht zu ermöglichen und die negativen Auswirkungen der Pandemie zu mindern. Auch die Einstellung gegenüber Bildung hat sich vielerorts verändert: sie wurde endlich als soziale Angelegenheit begriffen, die das ganze Leben beeinflussen kann.

Die am stärksten benachteiligten Kinder müssen bei allen Anstrengungen besonders in den Blick genommen werden, dazu gehören Mädchen, Kinder in bewaffneten Konflikten, geflüchtete und migrierte Kinder, Kinder mit Behinderungen, Kinder in ländlichen Regionen oder Kinder aus marginalisierten Bevölkerungsgruppen.

Die Pandemie und ihre Auswirkungen sind global, unsere Antworten müssen es auch sein. Es ist jetzt wichtiger denn je, darauf hinzuarbeiten, die Ziele der Agenda 2030 umzusetzen. Damit „building back better“ auch Kinderrechte einschließt, muss die Bundesregierung sich deshalb in den Vereinten Nationen, der EU, den G20 und den weiteren internationalen Organisationen für ein starkes gemeinsames Handeln im Kampf gegen die Pandemie und ihre Folgen einsetzen. Dazu gehört:

1. **Zugang zu Bildung garantieren:** Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, lernen zu können. Dazu braucht es einen geschützten Ort zum Lernen und Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung. Unter Berücksichtigung notwendiger Hygienemaßnahmen müssen die „Back to School“ Kampagnen unterstützt werden. Ziel ist es, dass alle Kinder und Jugendliche an ihre Lernorte zurückkehren können. Wichtige Elemente sind außerdem der Ausbau von Digitalisierung und gezieltes Training von Lehrkräften. Zu den existierenden Programmen, die deswegen dringend zusätzlicher Unterstützung bedürfen, gehören der Fond „Education Cannot wait“ (ECW), die Globale Bildungspartnerschaft („Global Partnership für Education“ – GPE) und die UNESCO „Global Education Coalition“. Um Finanzierungslücken zu schließen fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit der EU die Initiative zu ergreifen und zu einer **internationalen Geberkonferenz für Bildungsprogramme** aufzurufen. Die Bundesregierung muss ihrer Vorreiterrolle gerecht werden und sich darauf festlegen, beispielsweise den EWC Fond mit mindestens 50 Millionen Euro jährlich zu unterstützen und die GPE im Zeitraum 2021-2025 mit mindestens 100 Millionen Euro jährlich zu fördern.
2. **Maßnahmen gegen Kinderarbeit ergreifen:** Deutschland hat mit dem Lieferkettengesetz einen wichtigen Hebel in der Hand, um Kinderarbeit entgegenzuwirken. Nach monatelanger Blockade durch das Wirtschaftsministerium soll nun im Hau-Ruck-Verfahren vor Ende der Legislaturperiode eine verwässerte Regelung durch den Bundestag gejagt werden. Wir kritisieren den Regierungsentwurf vor allem aufgrund der fehlenden zivilrechtlichen Haftung, die Einschränkung des Gesetzes auf nur sehr große Unternehmen und die Verkürzung der Sorgfaltspflichten auf direkte Zulieferer. Das reicht nicht aus, um Kinderarbeit effektiv zu beseitigen. Darüber hinaus braucht es verbindliche sozial-ökologische Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung, damit kein Marktplatz mehr mit Steinen aus Kinderarbeit gepflastert wird. Auch hier hinkt die Bundesregierung den eigenen Ansprüchen weit hinterher.

3. **Gesundheitsversorgung und WASH sicherstellen:** Alle Kinder brauchen einen Zugang zu Gesundheitsgrundversorgung (Primary Health Care). Dazu gehört auch der gerechte und inklusive Zugang zu Impfstoffen. Um eine sichere Rückkehr an Schulen zu erleichtern, muss sichergestellt werden, dass alle Schulen mit sauberem Trinkwasser, Sanitär- und Hygieneversorgung (WASH) ausgestattet sind. Der Zugang zu WASH ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern auch Voraussetzung für Gesundheit und ein würdevolles Leben. Die Corona Pandemie hat gezeigt, dass der öffentliche Zugang zu Handwaschmöglichkeiten fast überall auf der Welt unzureichend ist. Dabei ist es ein sehr effektives Mittel, um Übertragungswege zu unterbrechen und Krankheiten zu vermeiden.
4. **Soziale Absicherung ausbauen:** Die Covid19-Krise führt vor allem in vielen Ländern des Globalen Südens dazu, dass Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut geraten. Ein Hauptgrund hierfür ist das Fehlen leistungsfähiger sozialer Sicherungssysteme. Wir rufen zur Einsetzung eines „Global Fund for Social Protection“ auf. Dieser würde es ermöglichen, international abgestimmt, menschenrechtsbasiert und unter strikter Wahrung des country-ownership-Prinzips in die sozialen Sicherungs- und Gesundheitsversorgungssysteme zumindest der ärmsten Staaten zu investieren. Dabei muss darauf geachtet werden, soziale Sicherungssysteme auch auf Kinder auszurichten.
5. **Kinderschutz gewährleisten:** Psychosoziale Unterstützung und der wirkungsvolle und dauerhafte Schutz vor Gewalt und Ausbeutung müssen in der Entwicklungszusammenarbeit priorisiert werden. Während der Pandemie muss der Zugang zu Schutzprogrammen auch aus der Distanz sichergestellt werden. Da sich das Risiko unentdeckter Fälle von Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch von Kindern durch Schließungen von Schulen und sozialen Einrichtungen in der Corona-Krise erhöht hat, ist es umso wichtiger Organisationen in der Jugend- und Kinderarbeit vor Ort zu unterstützen und ausreichend auszustatten. Da Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit eine große Anzahl Kinder erreichen, hat jede staatliche und nicht-staatliche Organisation der Entwicklungszusammenarbeit die Verantwortung, mit ihren Projekten und Vorhaben ein Umfeld zu schaffen, in dem Kinder sicher und geschützt vor jeder Form der Gewalt sind.
6. **Kinder und Jugendliche in Entscheidungsprozesse einbeziehen:** Wir verstehen Partizipation als ein eigenständiges tragendes Prinzip der Armutsbekämpfung sowie der Forderung nach gleichberechtigter Beteiligung von Frauen und Männern und Kindern und Jugendlichen am Entwicklungsprozess. Die aktive Beteiligung von Mädchen und Jungen liefert Informationen über und Einblicke in ihr Leben, die in der Gesetzgebung, Politik und Budgetzuweisungen zu den bestmöglichen Ergebnissen führen kann. Kinder, die an Entscheidungsprozessen teilnehmen, können zu aktiven und effektiven Fürsprecher\*innen für die Verwirklichung ihrer eigenen Rechte werden.

**Die Autor\*innen:**

*Kai Gehring ist Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe*

*Ekin Deligöz ist Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik*

*Ottmar von Holtz ist Sprecher für Zivile Krisenprävention*